

Palästina-Nakba-Tag

67 Jahre Vertreibung der PalästinenserInnen



Vertreibung der Bewohner von Ramlah 1948

Veranstaltung

Erinnerung an die palästinensische *Nakba*

Samstag, 02.05.15 - 13.00 bis 18.00 Uhr
Schlossplatz, Stuttgart

Schirmfrau der Veranstaltung ist Felicia Langer,
Trägerin des Alternativen Nobelpreises und des
Bundesverdienstkreuzes

Mit der Ausstellung:

Die *Nakba* – Flucht und Vertreibung
der Palästinenser 1948

Reden palästinensischer und internationaler AktivistInnen

- Schirmfrau Felicia Langer
- Professor Fanny-Michaela Reisin,
Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden
- Annette Groth, MdB, Partei Die Linke
- Fuad Hamdan, Palästinakomitee München und
Mitglied der jüdisch-palästinensischen Dialoggruppe
- Pieter de Vries, Palästinakomitee Niederlande
- und viele andere

Palästinensische Kulturbeiträge

- Arabische Musik, palästinensische Tanzgruppe Yalla
Dabke, München (14 Tänzerinnen und Tänzer)
- Arabisches Essen und Getränke

Der Sender Aljazeera Mubasher berichtet live.

Veranstalter: Palästinakomitee Stuttgart e.V.
Palästinensische Gemeinde Deutschland-Stuttgart e.V.
Verband der Palästinensischen Gemeinden Deutschlands

Wenn am 7. Mai der 67. Jahrestag der Staatsgründung Israels gefeiert wird, sprechen die Organisatoren, die Deutsch-Israelische Gesellschaft, und viele deutsche Politiker von „Demokratie“ und „Vielfalt“. Das ist Show, denn all diese Organisatoren und Politiker wissen es besser. Sie wissen, dass es angebracht ist, die ständigen Menschenrechtsverletzungen und Kriege des Staats Israel zu verurteilen. Einen *Nakba*-Tag (Tag der Katastrophe) veranstalten die ursprünglichen BewohnerInnen des Landes Palästina und die internationale Solidaritätsbewegung am 15. Mai. Sie meinen damit den bis heute andauernden Kolonialismus, Vertreibung, ethnische Säuberung und israelische Apartheid. Nach dem im Jahre 2011 vom israelischen Parlament Knesset beschlossenen *Nakba*-Gesetz wird die Organisation oder Unterstützung von Veranstaltung zur Erinnerung an die *Nakba* mit dem Entzug finanzieller Vorteile bestraft. Damit wird versucht, die Geschichte der PalästinenserInnen auszulöschen.

Das zionistische Projekt in Palästina – ein Teil der Kolonialgeschichte

Im 19. Jahrhundert wurden die arabischen Länder zum Ziel europäischer Kolonialmächte. 1799 scheiterte Napoleon jedoch beim Versuch, Akko in Palästina zu erobern. Im 19. Jahrhundert nahm der Strom christlicher Siedler aus Europa, wie beispielsweise die Korntaler Templer, deutlich zu. Sie wurden unterstützt von den Kolonialmächten. Im Jahr 1916 teilten die Großmächte Großbritannien und Frankreich im Sykes-Picot-Abkommen ihre Einflussbereiche in der Region unter sich auf. Theodor Herzl und seine zionistische Bewegung bauten auf diese Bestrebungen. Herzl wandte sich an die schwärzesten Antisemiten seiner Zeit, den russischen Zaren und den deutschen Kaiser Wilhelm. In seinem Buch „Judenstaat“ (1896) schreibt er: *„Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen. Wir würden ... im Zusammenhange bleiben mit ganz Europa, das unsere Existenz garantieren müsste.“*

Taktische und antijüdische Überlegungen während des 1. Weltkriegs motivierten den britischen Außenminister Lord Balfour im November 1917 zur Erklärung, die zionistischen Bestrebungen für den Aufbau einer jüdischen Heimat in Palästina zu unterstützen.

Aufbau des zionistischen Siedlerstaats, der von Anfang an gegen die einheimische palästi- nensische Bevölkerung gerichtet war

„Schon in seinen Ursprüngen wollte der Zionismus eine homogene jüdische, ethnische Einheit bilden, eine ausschließliche territoriale Souveränität über Palästina. Das ist das

Wesen der zionistischen Ideologie.“ (Jakob Taut, Zeuge des zionistischen Siedlerkolonialismus vor der Staatsgründung, Michael Warschawski, Mitbegründer des Alternativen Informationszentrums in Jerusalem).

Einer der Veranstalter der heutigen Israeltage und Israelkongresse ist die damalige Hauptorganisation des zionistischen Siedlerkolonialismus. Es ist der Jüdische Nationalfonds (KKL). Die Akteure des KKL ließen in Palästina keinen Zweifel an ihren Absichten. Konnte Boden erworben werden, sorgte der KKL für die Vertreibung der PalästinenserInnen. Sollten neue jüdische Besitzer dazu nicht bereit sein, erzwang der KKL die Räumung. In seinen Tagebüchern machte Yossef Weitz 1940 seine Absichten klar: „Transfer dient nicht nur einem Ziel – die arabische Bevölkerung zu reduzieren -, sie dient auch einem ... keineswegs unwichtigeren Zweck, nämlich: Land zu räumen, das derzeit von Arabern bestellt wird, und es frei zu machen für jüdische Besiedlung.... Kein einziges Dorf und kein einziger Stamm darf ausgelassen werden.“ Zum Ende der britischen Mandatszeit, Ende 1947, machte der jüdische Bevölkerungsanteil in Palästina knapp 1/3 aus (größtenteils wenige Jahre zuvor wegen der Verfolgung durch die Nazis eingewanderte Siedler, die oft in den europäischen Nachbarländern und in den USA nicht erwünscht waren). Damals, im Jahr 1947, waren nur knapp 6% des Bodens in Palästina in jüdischem Besitz.

UNO-Teilungserklärung im November 1947 – Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der PalästinenserInnen

Der Teilungsplan vom November 1947, widersprach den Verhältnissen im Land. Der den Zionisten zugesprochene Anteil machte 56% Palästinas aus, wobei mehr als die Hälfte der Bevölkerung dieses Teils des Landes nichtjüdische Araber und damit für die zionistische Bewegung unerwünschte BewohnerInnen waren. Gegen den Willen der palästinensischen Bevölkerungsmehrheit beschloss die UNO den Teilungsplan. Diese Entscheidung stand in offensichtlichem Widerspruch zur UNO- Satzung, die das Selbstbestimmungsrecht vorsieht.

Die ethnische Säuberung

Anfang Dezember 1947, unmittelbar nach dem Teilungsbeschluss in der UNO, begann die ethnische Säuberung mit Angriffen zionistischer Einheiten auf palästinensische Dörfer und Städte. Am 10. März 1948 beschloss die zionistische Führung den Plan D/Dalet, die militärisch gezielte Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Im Plan D hieß es: „Diese Operationen lassen sich folgendermaßen durchführen: entweder durch Zerstörung von Dörfern (indem man sie in Brand steckt, sprengt und die Trümmer vermint) und insbesondere von Wohngebieten, die auf Dauer schwer zu kontrollieren sind; oder durch Durchsuchungs- und Kontrollaktionen nach folgenden Richtlinien: Umstellen und Durchkämmen der Dörfer. Im Fall von Widerstand sind die bewaffneten Kräfte auszuschalten und die Einwohner über die Landesgrenze zu vertreiben.

Am 9. April 1948 begingen *Lehi* und *Irgun*, nach zahlreichen anderen Übergriffen zionistischer Milizen, ein Massaker im Dorf Deir Yassin mit 100 Toten (darunter 30 Babys). Bis Mitte Mai, also bevor die Briten das Land verließen und arabische Truppen angriffen, um die ethnische Säuberung zu stoppen, hatten *Haganah*, *Irgun* und *Lehi* die über den UNO-Teilungsplan hinaus gehenden palästinensischen Gebiete besetzt. Die zionistischen Milizen hatten zu diesem Zeitpunkt auch Jaffa, Haifa, Akko, Safed, Tiberias und Bissan erobert und 300 000 PalästinenserInnen dazu gezwungen, aus ihren Städten und Dörfern zu fliehen. Bis zum Frühjahr 1949 waren mehr als 750 000 und damit etwa die Hälfte der PalästinenserInnen vertrieben. Angesichts dieses Vorgehens bekräftigte die UNO in der Resolution 194 vom November 1948 das Menschenrecht der Rückkehr für die palästinensischen Flüchtlinge an ihre ursprünglichen Wohnorte.

Nach Angaben von *Badil* (Resource Center for Palestinian Residency and Refugee Rights) gibt es heute weltweit 7,1 Millionen palästinensische Flüchtlinge. Der größte Teil lebt in den Nachbarländern, dem von Israel besetzten Gazastreifen und dem Westjordanland. 400 000 von ihnen sind interne Flüchtlinge in den Grenzen von 1948. Sie dürfen auch als Besitzer eines israelischen Passes nicht an ihre ursprünglichen Wohnorte zurückkehren. PalästinenserInnen mit israelischem Pass machen heute ein 1/5 der Bevölkerung im Staat Israel aus. Nach Angaben der Rechtsanwaltsvereinigung *Adalah* werden sie durch über 50 Apartheidgesetze diskriminiert und haben praktisch keinen Zugang zu 93% des Bodens im Land. PalästinenserInnen sind heute im ganzen israelischen Herrschaftsbereich innerhalb und außerhalb der Grünen Linie von 1948 von ethnischer Säuberung durch Apartheidgesetze, jüdische Siedlungen, Hauszerstörungen, der Gazablockade, Verhinderung jeglicher wirtschaftlicher Entwicklung, Raub von Wasser und Land und vielen weiteren Unterdrückungsinstrumenten bedroht. Die PalästinenserInnen im Westjordanland leben unter der Militärherrschaft der Besatzung.

Was können wir gegen israelischen Kolonialismus und Apartheid tun?

Boycott von ethnischer Säuberung und Apartheid made in Israel

Im Jahr 2005 haben die palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften eine Boykottkampagne (**BDS**) gegen den israelischen Apartheidstaat gestartet. Sie orientieren sich damit an der erfolgreichen internationalen Kampagne gegen die Apartheidstaaten im südlichen Afrika. Der Staat Israel und seine Apartheidinstitutionen sowie alle, die davon profitieren, sollen solange boykottiert werden, bis der Staat Israel die Rechte der PalästinenserInnen anerkennt und erfüllt.



V.i.S.d.P. Palästina-Komitee Stuttgart e.V.

c/o M. Kunkel, Rosengartenstr. 80, 70184 Stuttgart

palaestinakomitee-stuttgart.de

de-de.facebook.com/PaKo.Stuttgart